Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Mitglieder des Landtags
Nordrhein-Westfalen

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

INFORMATION
17/13

Alle Abg

06.07.2017

Gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages, des Bundesrates sowie des Südtiroler Landtages vom 13. Juni 2017 in Feldkirch Europapolitische Erklärung von Feldkirch

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages, des Bundesrates sowie des Südtiroler Landtages haben sich auf ihrer Konferenz in Feldkirch schwerpunktmäßig mit den aktuellen Herausforderungen auf europäischer Ebene und den Beziehungen der Regionalparlamente zur Europäischen Union befasst.

In diesem Zusammenhang wurden das Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas sowie das Engagement der Landesparlamente im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) und im Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) thematisiert.

Die Präsidentinnen und Präsidenten diskutierten zudem über Best-Practice-Beispiele für Jugendprojekte in Landesparlamenten sowie Chancen und Risiken der Digitalisierung im Zusammenhang mit Angeboten und Arbeitsweisen der Regionalparlamente.

Einzelheiten hierzu können Sie der beigefügten Erklärung von Feldkirch sowie der Pressemitteilung des gastgebenden Landtags Vorarlberg entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

André Kuper

Anlagen

LANDTAG BRANDENBURG

Vorarlberger Landtag Vorarlberg unser Land

EUROPAPOLITISCHE ERKLÄRUNG

der Präsidentinnen und Präsidenten

der deutschen und österreichischen Landesparlamente

sowie des Südtiroler Landtages

unter Teilnahme des Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

von Feldkirch

am 13. Juni 2017

1. Die Präsidentinnen und Präsidenten sprechen sich dafür aus, den Zusammenhalt der Europäischen Union mehr denn je zu stärken und zu verteidigen und betonen die Bedeutung der Union als Garant für demokratische Werte und Frieden. Sie bekräftigen das Bekenntnis der Wiesbadener Erklärung der deutschen Präsidentenkonferenz des Vorjahres zur Europäischen Union und unterstreichen die wichtige Rolle der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis bei der Umsetzung europäischer Politik und der Vermittlung der europäischen Werte gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis werden ihr Engagement vor Ort in Brüssel im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter intensivieren, um den Dialog mit den europäischen Institutionen zu verstärken und den Anspruch auf Teilhabe an den europäischen Entscheidungsprozessen zu untermauern.

2. Die Europäische Union steht vor der größten Herausforderung seit ihrer Gründung vor sechzig Jahren. Zunehmend machen nationalistische, protektionistische und europafeindliche Gruppierungen Front gegen Europa. Auf zentrale Herausforderungen hat die Union bislang keine gemeinsamen Antworten gefunden. Terroranschläge bedrohen die Menschen in Europa.

3. Mit der mehrheitlichen Entscheidung der Briten für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union hat der europäische Einigungsprozess einen schweren Rückschlag erlitten. Viele EU-Bürgerinnen und -Bürger empfinden Misstrauen gegen den Europäischen Zusammenschluss und fürchten Fremdbestimmung und Benachteiligung. Diese Sorgen bilden den Nährboden für eine nachdrückliche Ablehnung der Europäischen Union, wie sie im britischen

Referendum deutlich wurde. Die Präsidentinnen und Präsidenten bedauern die Mehrheits-Entscheidung der Bevölkerung des Vereinigten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen. Sie sprechen sich für einen fairen und für beide Seiten tragbaren Austrittsprozess des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union aus.

4. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind für ein starkes Europa und der Überzeugung, dass angesichts dieser aktuellen Entwicklungen eine intensive Debatte darüber geführt werden muss, welches Europa die Menschen wollen und brauchen. Da die Ergebnisse dieser Debatte von der europäischen Bevölkerung getragen werden sollen, ist sie auch und gerade auf regionaler Ebene mit den Parlamenten und innerhalb der Parlamente zu führen.

5. Im Interesse einer breiten Akzeptanz der Europäischen Union kommt allen Akteurinnen und Akteuren des europäischen Mehrebenensystems die Aufgabe zu, die Menschen in den Regionen und Kommunen Europas besser in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und dadurch das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen zu stärken sowie auszubauen. Dafür ist die Bereitstellung von EU-Dokumenten in deutscher Sprache sicherzustellen. Zudem müssen Entscheidungen in der Union, stärker als bisher, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips grundsätzlich so nah wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden.

6. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind der Auffassung, dass die großen Probleme und Herausforderungen Europas, beispielsweise in der Außen- und Sicherheits- sowie der Migrationspolitik nur gemeinsam und nicht allein auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden können. In der europäischen Mehrebenendemokratie sollten unter Beachtung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips die globalen und europäischen Herausforderungen gemeinsam auf EU-Ebene bewältigt werden. Insbesondere bei der erfolgreichen Bekämpfung von Fluchtursachen liegt ein konzertiertes Vorgehen auf EU-Ebene im Interesse der Regionen.

7. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind der Auffassung, dass die bürgernahen regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis bei der Debatte über den weiteren Weg der Europäischen Union und der Stärkung des Vertrauens in sie aufgrund ihrer Mittlerfunktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einen wesentlichen Beitrag leisten können. Die Europäische Kommission sollte sich dieses Potential der Parlamente - insbesondere im prälegislativen Bereich, beim Vollzug sowie bei der Evaluierung von EU-Recht - zum Zwecke der Vermittlung, aber auch der Mitgestaltung, von EU-Politik zu Nutze machen.

8. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind überzeugt, dass die europäische Einigung ein Glücksfall in der Geschichte Europas ist. Die Europäische Union ist angesichts der aktuellen europapolitischen und internationalen Entwicklungen wichtiger denn je. Die Präsidentinnen und Präsidenten sehen es deshalb als ihre Aufgabe an, den Bürgerinnen und Bürgern in ihren Regionen deutlich zu machen, dass diejenigen Kräfte, die auf nationale Abschottung und Ausgrenzung setzen, keine wirklichen Lösungen anzubieten haben, sondern Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa gefährden.

9. Die Präsidentinnen und Präsidenten begrüßen es, dass Kommissionspräsident Juncker in seinem Vorwort zum Weißbuch die Regionen ausdrücklich in den notwendigen Diskussionsprozess über den künftigen Weg Europas einbezieht. Sie werden sich aktiv in diesen Prozess einbringen.

10. Der Vorsitz der Gemeinsamen Präsidentenkonferenz übermittelt diese Erklärung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Herrn Antonio Tajani, den Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Jean-Claude Juncker, den Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Frans Timmermans, Herrn Kommissar Günther Oettinger, den Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Herrn Markku Markkula, den designierten Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Herrn Karl-Heinz Lambertz sowie an die nationalen und regionalen Regierungen und die nationalen Parlamente in Deutschland und Österreich.

Vorarlberger Landeskorrespondenz
Vorarlberg unser Land

Politik/Landtag/Sonderegger

Gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz erstmals in Vorarlberg

LTP Sonderegger begrüßte die Präsidentinnen und Präsidenten der Regionalparlamente von über 90 Millionen Menschen

Bregenz/Feldkirch (VLK) – Gestern und heute (13. Juni 2017) tagten im Rahmen der Gemeinsamen Landtagspräsidentenkonferenz 2017 die Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage von Deutschland und Österreich, des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des österreichischen Bundesrats in Vorarlberg. Im Mittelpunkt der Tagung standen die EU und die Beziehungen der Regionalparlamente zur EU.

Weitere Medien dazu finden Sie unter **http://presse.cnv.at/land/dist/vlk-54361.html**

Die deutschen und die österreichischen Landtagspräsidentinnen und -präsidenten treffen sich alle zwei Jahre, abwechselnd in Deutschland und Österreich, um parlamentarische Themen und Entwicklungen zu diskutieren, um Best-Practice-Beispiele auszutauschen und allenfalls auch Arbeitsgruppen über die Landesgrenzen hinweg einzusetzen. "Wir können Beschlüsse fassen, Berichte zur Kenntnis nehmen, Vorstellungen bzw. Wünsche zu bestimmten Themen entwickeln oder uns im Rahmen von Fachvorträgen informieren lassen", beschreibt Landtagspräsident Harald Sonderegger die Kompetenzen dieses grenzüberschreitenden Gremiums, dessen Mitglieder die Parlamente von insgesamt über 90 Millionen Menschen repräsentieren.

Auf der Tagesordnung der Konferenz im Montforthaus Feldkirch standen
1) das Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas,
2) das Engagement der Landesparlamente im Ausschuss der Regionen (AdR) und im Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE),
3) Handlungsansätze für Landesparlamente im europäischen Mehrebenensystem – "Europapolitische Erklärung von Feldkirch"
4) Best-Practice-Beispiele für Jugendprojekte in Landesparlamenten und
5) Chancen und Risiken der Digitalisierung im Zusammenhang mit Angeboten und Arbeitsweisen der Regionalparlamente.

Als vorsitzführender Präsident in der österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz betonte Sonderegger: "Ich freue mich sehr, dass diese 18. Gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz in Vorarlberg stattfand." Er dankte in diesem Zusammenhang der Brandenburger Landtagspräsidentin Britta Stark – als federführende Landtagspräsidentin der deutschen Landtagspräsidentenkonferenz – für die gute Zusammenarbeit.

Stark unterstrich die Rolle die Länderparlamente für das Vertrauen der Menschen in europäische Institutionen: "Wir wollen auf europapolitische Entscheidungen früher und stärker Einfluss nehmen. Nicht erst seit der schmerzhaften Erfahrung des Brexits ist klar,

dass eine demokratische Verankerung der Europäischen Union nicht von oben verordnet werden kann, sondern in den Regionen gelebt werden muss."

Tagesordnungspunkt 1.: Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas

Die Europäische Kommission hat am 1. März 2017 – quasi als ihren Beitrag zum Gipfel am 25. März in Rom, mit dem der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge begangen wurde – das Weißbuch zur Zukunft Europas vorgelegt, und damit einen breiten Diskussionsprozess darüber eingeleitet, wie und wohin sich die EU in Zukunft entwickeln soll. (Link zum Weißbuch als pdf: goo.gl/6ktZQP)

Alexander Winterstein, der Stellvertretende Chefsprecher der EU-Kommission, stellte den Präsidentinnen und Präsidenten die fünf Szenarien des Weißbuches sowie den in Aussicht genommenen Zeitplan zum Weißbuchprozess vor. Jedes Szenario bietet einen Ausblick, wo die Union im Jahr 2025 stehen könnte – je nachdem, welchen Kurs Europa einschlägt. Die Szenarien decken verschiedene Entwicklungswege ab und dienen der Veranschaulichung. Sie schließen sich aber weder gegenseitig aus, noch sind sie erschöpfend. Vor allem sind sie auch kombinierbar.

Im Zuge der Europakonferenz der deutschen Landtagspräsidentenkonferenz in Brüssel am 2./3. April dieses Jahres, an der Landtagspräident Sonderegger als österreichischer Vertreter teilnehmen durfte, hat der EU-Kommissar für Haushalt und Finanzen, Günther Oettinger, ausdrücklich dazu aufgerufen, dass sich die Landesparlamente mit ihrem spezifischen parlamentarischen Blickwinkel in die Diskussion zur weiteren Entwicklung der Europäischen Union einbringen sollen.

Die Szenarien wurden in der heutigen Konferenz rege diskutiert. Konsens bestand darüber, dass sich die Landesparlamente in den Entwicklungsprozess der EU einbringen sollen und wollen. Die Chance, die dieser Prozess für Europa und seine Bürgerinnen und Bürger bringt, soll genutzt werden, das Europäische Mehrebenensystem zu verbessern und vor allem die Verantwortlichkeiten im Sinne des Subsidiaritätsgedankens zu klären, damit das künftige Europa dem Gründungsgedanken einer wirtschaftlich starken Friedensunion wieder mehr und langfristig gerecht werden kann.

Tagesordnungspunkt 2.: Engagement der Landesparlamente im AdR und KGRE

Bereits bei der Gemeinsamen Landtagspräsidentenkonferenz 2013 in Krems wurde besprochen, dass sich die deutschen und die österreichischen Landtage verstärkt in Institutionen auf europäischer Ebene einbringen sollen. Aus diesem Anlass wurden der Vizepräsident und künftige Präsident des AdR, Karlheinz Lambertz, sowie die Präsidentin des KGRE und 2. Präsidentin des Salzburger Landtags, Gudrun Mosler-Törnström, zur Gemeinsamen Landtagspräsidentenkonferenz nach Feldkirch eingeladen. Sie stellten die jeweiligen Arbeitsschwerpunkte ihrer Institutionen vor. Die anschließende Diskussion hat aufgezeigt, dass die Präsidentinnen und Präsidenten durchaus noch Möglichkeiten sehen, wie sie sich persönlich bzw. als Regionalparlamente (noch) besser in die beiden Institutionen einbringen und dort verstärkt Anregungen, Wünschen, aber auch Feedback der von ihnen vertretenen Regionen positionieren können. Einmal mehr ist auch klar geworden, dass die Gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz, in der immerhin 27 Regionalparlamente durch ihre Präsidentin bzw. ihren Präsidenten vertreten sind, in und gegenüber Europa deutlich mehr Gewicht entwickeln kann, als dies einzelne Präsidentinnen bzw. Präsidenten könnten.

Tagesordnungspunkt 3.: Handlungsansätze für Landesparlamente im europäischen Mehrebenensystem – "Europapolitische Erklärung von Feldkirch"

Die Idee von Landtagspräsident Sonderegger, eine allfällige Feldkircher Erklärung aus dem Themenschwerpunkt "Europa" vorzuschlagen, entstand vor zwei Jahren bei der letzten Gemeinsamen Landtagspräsidentenkonferenz in Heiligendamm. Europa und sein Mehrebenensystem begleiten Sonderegger nun mehr als 20 Jahre (heute als Vorsitzender des Europaausschusses, einst als Mitglied der Vorarlberger Landesregierung bzw. als Bürgermeister der Kleingemeinde Schlins): Immer wieder wurde er von der Bevölkerung mit den Wünschen an Europa und den Auswirkungen von Europa konfrontiert.

Um den Mehrwert von und in Europa zu lukrieren, müssen laut Landtagspräsident Sonderegger die vielen Ebenen zusammengeführt, verwoben und sichtbar gemacht werden – letztlich mit dem einzigen Ziel, einen friedvollen und lebenswerten Raum für die Bevölkerung zu sichern. Die "Europapolitische Erklärung von Feldkirch" trägt eben dieser Zielsetzung in zehn Punkten Rechnung. Ihr Entwurf wurde in der deutschen und der österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz umfassend vorberaten und diskutiert. Die Erklärung wurde heute einstimmig angenommen.

Der Konferenzvorsitz wird die Erklärung den angeführten Funktionsträgern in Europa sowie den nationalen und regionalen Regierungen und den nationalen Parlamenten von Deutschland und Österreich zukommen lassen.

Zum einstimmigen Beschluss der Erklärung hielt Landtagspräsident Sonderegger fest: "Die Gemeinsame Präsidentenkonferenz hat hiermit klar Stellung einerseits für ein starkes, gemeinsames und bürgernahes Europa, andererseits für einen konstruktiven und initiativen Gestaltungsprozess bezogen."

Tagesordnungspunkt 4.: Jugendprojekte in Landesparlamenten – Bericht der Arbeitsgruppe

Die Gemeinsame Präsidentenkonferenz in Heiligendamm hat 2015 eine länderübergreifende "Arbeitsgruppe Jugendprojekte in den Landesparlamenten" eingesetzt. Aufgabe der Arbeitsgruppe war der länderübergreifende Austausch von Best-Practice-Beispielen aus dem Bereich der Bildungsangebote der Landtage. Es sollten Vorschläge für die Professionalisierung der parlamentarischen Bildung unterbreitet werden. Über die Ergebnisse aus drei Sitzungen hat die Arbeitsgruppe heute berichtet. Als wesentlichstes Ergebnis wurde von der Arbeitsgruppe die zum besseren Austausch der Best-Practice-Beispiele eingerichtete Bildungscloud präsentiert, in der alle 27 beteiligten Parlamente ihre Formate digital und für alle abrufbar zusammengeführt haben.

Die technische Umsetzung der Bildungscloud hat Hamburg übernommen, die administrative Betreuung leistet Hessen. Aus urheberrechtlichen Gründen sind die Inhalte der Bildungscloud aber nur für die teilnehmenden Parlamente und nicht für die Öffentlichkeit zugänglich.

Darüber hinaus haben sich die Präsidentinnen und Präsidenten darauf verständigt, die Tagesordnungspunkte Kinder- und Jugendprojekte in Landesparlamenten regelmäßig auf die Tagesordnung der Gemeinsamen Landtagspräsidentenkonferenzen zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 5.: Chancen und Risiken der Digitalisierung – Bericht der Arbeitsgruppe

Die Gemeinsame Präsidentenkonferenz hat 2015 in Heiligendamm auch das Thema "Chancen und Risiken der Digitalisierung" behandelt. Aus dem Thema heraus hat sich daraufhin eine Arbeitsgruppe formiert, die sich mit folgenden Themen befasst hat:
- Soziale Medien
- Wikipedia
- Der langfristigen Umgang mit digitalen Inhalten (Sicherung und Zugänglichkeit)
- Die Förderung des Politikinteresses und zur Stärkung der Debattenkultur junger Menschen
- Fragen der Datensicherheit

Die Präsidentinnen und Präsidenten haben auch dieses Thema heute beraten. Es besteht Einigkeit, dass weiterhin ein Beratungsbedarf zu Chancen und Risiken des Internets im Zusammenhang mit Angeboten und Arbeitsweisen der Parlamente besteht. Die Arbeitsgruppe soll, so hat das die heutige Konferenz beschlossen, ihre Arbeit künftig unter dem Titel "Zukunft der Demokratie im digitalen Raum" fortsetzen. Die nächste Arbeitsgruppensitzung wurde bereits für den 28./29. August 2017 in Schwerin in Aussicht gestellt.

Facts:
Titel: "Gemeinsame Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags sowie des Deutschen Bundestags, des deutschen und österreichischen Bundesrats unter Teilnahme des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens"

Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer: Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage von Deutschland, Österreich, des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des österreichischen Bundesrats. Begleitet werden sie von ihren Direktorinnen und Direktoren.

Getrennte Konferenzen der deutschen und der österreichischen Landtagspräsidenten im Montforthaus Feldkirch: 12. Juni 2017, jeweils 9.00 – 12.00 Uhr
- Vorsitz in der österreichischen Landtagspräsidentenkonferenz in diesem Halbjahr: Harald Sonderegger, Vorarlberg
- Vorsitz in der deutschen Landtagspräsidentenkonferenz: Britta Stark, Brandenburg

Gemeinsame Landtagspräsidentenkonferenz im Montforthaus Feldkirch:
13. Juni 2017, 9.00 bis ca. 12.00 Uhr

Tagesordnungspunkte der Gemeinsamen Landtagspräsidentenkonferenz 2017:
1) Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas
2) Engagement der Landesparlamente im AdR und KGRE
3) Handlungsansätze für Landesparlamente im europäischen Mehrebenensystem – "Europapolitische Erklärung von Feldkirch"
4) Jugendprojekte in Landesparlamenten – Bericht der Arbeitsgruppe
5) Chancen und Risiken der Digitalisierung – Bericht der Arbeitsgruppe

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255 668 oder +43 664 6255 102
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar